

# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen  
und Leser,

*dies ist meine letzte Kolumne im „Parlamentsreport“. Nachdem mich der Kleine Parteitag der LINKEN in Sachsen neben Katja Kipping zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2013 nominiert hat, habe ich auf eine erneute Kandidatur für den Fraktionsvorsitz verzichtet. Die Fraktion wählte mit Wirkung zum 1. August Rico Gebhardt als Vorsitzenden, dem ich viel Glück und Erfolg im neuen Amt neben seinen Aufgaben als Landesvorsitzender wünsche.*

*Ich werde meine Erfahrungen aus 21 Jahren im Landtag – vier Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter, zwölf Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer und fünf Jahre als Vorsitzender – bis zur Bundestagswahl als innenpolitischer Sprecher sowie als Mitglied des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses natürlich weiter in den Dienst der Fraktion stellen, bleibe im Präsidium des Landtags sowie im Parlamentarischen Beirat der Stiftung für das sorbische Volk und bin auch künftig Ansprechpartner der Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften.*

*Auch als dienstältestes Mitglied der LINKEN in einer Parlamentarischen Kontrollkommission mache ich weiter – nicht zuletzt weil das derzeitige Hauptthema dort, Aufklärung des Behördenversagens gegenüber Nazi-Terroristen, mich wohl auch im Bundestag beschäftigen wird.*

*Für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren möchte ich mich bei Ihnen und Euch gern bedanken. Ich kann Ihnen versichern: Sie werden auch künftig von mir hören.*

*A. Hahn*

Ihr Dr. André Hahn

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Mehr Sinn und Verstand für Sachsens Politik!

Der Herbst bringt dem Landtag die Haushaltsdebatte über den Doppel-Etat 2013/2014 für den Freistaat. In Zeiten milliardenschwerer Steuermehreinnahmen sollte das Regieren leichter geworden sein, aber Schwarz-Gelb tut sich schwer mit vernünftigen Lösungen. Wir erinnern uns: Vor Jahren wurden dramatische Kürzungen insbesondere im Sozial- und Jugendbereich, deren Ausmaß seit der Wiederbegründung Sachsens seinesgleichen sucht, mit einer Einnahmensituation des Landes begründet, die sich freilich heute anders darstellt als prognostiziert.

Statt sich nun zwei Jahre später an die Reparatur des eingetretenen Flurschadens zu machen und Abbitte beim Wahlvolk zu leisten, ließ sich Finanzminister Unland zu Beginn der Sommerpause in einer überregionalen Zeitschrift als „Sturkopf“ feiern, was für ihn offenbar ein Kompliment ist. Noch befremdlicher ist der Zustand der neuen Kultusministerin: Sie verkündete mit Blick auf auch im Schuljahr 2012/2013 zu erwartenden Unterrichtsausfall und Lehrermangel, die „fetten Jahre“ seien vorbei. Das empfinden nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen, die deutschlandweit die am schlechtesten bezahlten sind, als Hohn, sondern vor allem die vielen Studierenden der letzten Jahre, die liebend gern den viel zu wenigen Lehrernachwuchs hierzulande vergrößert hätten, aber keine Anstellung erhielten.

Wir haben aber nicht nur was an der schwarz-gelben Staatsregierung auszusetzen, die jetzt schon bei der kommissarischen Besetzung der



MdL Rico Gebhardt erläutert den LINKEN „Plan für Sachsen“

Spitze des völlig ruinierten Landesamtes für Verfassungsschutz auf Amtshilfe aus dem rot-rot regierten Brandenburg angewiesen ist. Wir haben auch Alternativen anzubieten:

Erstens einen anderen, kommunikativeren Politikstil, den wir unter dem Motto „Dialog für Sachsen“ im Internet und auf Diskussionsforen überall im Land verwirklichen wollen. Zweitens eine Sozialstaatsinitiative: In Sachsen verdient jeder vierte Beschäftigte weniger als 8,50 Euro pro Stunde, bundesweit ist es jeder Zehnte. Das Land ist Hochburg des

Niedriglohns und der massenhaften Aussicht auf Altersarmut. Daher muss gerade aus unserem Land eine Bundesratsinitiative zu einer wirklichen Reform des Sozialsystems ausgehen, die diesen Namen verdient. Dafür entwickeln wir bis Frühjahr 2013 Eckpunkte für einen entsprechenden Landtagsantrag. Drittens eine Technologie-Offensive, mit der wir bis Sommer 2013 die alternative Wirtschaftspolitik für eine Regierung ohne CDU ab Herbst 2014 vorbereiten werden.

**MdL Rico Gebhardt**  
Fraktionsvorsitzender



11.537 Unterschriften gegen die Kürzungsorgie in Sachsens Hochschulbereich übergaben Vertreter der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften vor der Semesterpause an den Dresdner Landtag. Die Studierenden kritisieren die kurzsichtigen Bildungspakete der Staatsregierung und fordern, den vor zwei Jahren beschlossenen Stellen-Abbau – bis 2020 sollen 1.000 Stellen wegfallen – zurückzunehmen und an die realen Zahlen von Studienanfängern anzupassen. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Studierenden und setzt sich im Landtag dafür ein.

Die Fraktion DIE LINKE hat den Sächsischen Landtag aufgefordert, die Zeit des Mutterschutzes auf 20 Wochen zu verlängern, und damit eine Initiative des Europaparlaments aufgegriffen, nach der selbstständige Frauen im Bereich des Mutterschutzes nicht schlechter gestellt werden dürfen, als abhängig beschäftigte. Ein weiterer Anlass für den Antrag der LINKEN war die von der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen des Bundes und der Länder thematisierte Gefahr des



Abbruchs von Aus-, Fort- und Weiterbildungen bei schwangeren Frauen in Gesundheitsberufen, insbesondere bei Ärztinnen.

„Es heißt, man sei in Deutschland gut aufgestellt und hier würde alles für die Mütter getan. Die Praxis indes sieht oftmals anders aus. Viele Arbeitgeber sehen Frauen, die schwanger werden könnten, als Risikofaktor an.

Vereine, die Schwangere betreuen, berichten davon, dass schwangere Berufstätige gemobbt werden, dass sie u.a. keine herausfordernden Aufgaben mehr bekommen, ungerechtfertigt innerbetrieblich versetzt und mitunter sogar angefeindet werden. Und auch nach der Geburt, wenn die Mütter wieder arbeiten und ihre Kinder trotzdem weiter stillen wollen, fehlen dafür oft die Voraussetzungen – aber auch das Verständnis“, so **Familienpolitikerin Heike Werner**.

Mit ihrem Antrag wollte DIE LINKE, dass sich Sachsen im Bundesrat dafür einsetzt, dass die gesetzlichen Regelungen zum Mutterschutz in Deutschland zugunsten vor allem arbeitender Mütter modernisiert und novelliert werden, was CDU und FDP jedoch ablehnten.

## Kein Herz für Tiere

DIE LINKE hat die Staatsregierung aufgefordert, sich endlich der dramatischen Situation der Tierheime in Sachsen anzunehmen. **Kathrin Kagelmann, tierschutzpolitische Sprecherin**, hat die Tierheime im Freistaat besucht und die dort gesammelten Eindrücke und Fakten in den Tierschutz-Antrag der LINKEN einfließen lassen. „Der Kern unseres Antrages ist die Fundtierverordnung. Dabei handelt es sich nicht um eine edle Geste des Freistaats bei einer Richtlinie, sondern es handelt sich um konkrete Rechtsansprüche der Tierheime gegenüber den Kommunen, für die sie eine Pflichtleistung übernehmen“, so Kagelmann.

Fehlendes Interesse am Haustier, Krankheit oder sozialer Abstieg – die Gründe für eine Tier-Abgabe sind mannigfaltig. Die meisten Tierheime haben ihre Kapazitäts- und finanzielle Belastungsgrenze längst

erreicht, doch Hilfe von den chronisch klammen Kommunen ist kaum zu erwarten. Zudem bekommen Tierschutzvereine kaum noch geförderte Arbeitskräfte bewilligt. Die ehrenamtlichen Tierschützer rackern bis an ihre physischen Grenzen und greifen oft auch in die eigene Tasche, um Betriebskosten, Tierarztrechnungen oder Futterkosten zu stützen.

Eine von der Regierung vorgelegte „Empfehlung zum Umgang mit Fundtieren“ erwies sich als Flop und kann gesetzlich klar geregelte und kostendeckend konzipierte Vorgaben zum Umgang mit Fundtieren nicht ersetzen. Zudem muss die Fundtierumlage einheitlich gestaltet und ein mit weitreichenden Kontroll- und Initiativrechten ausgestatteter Landes-tierschutzbeauftragter bestellt werden – so die Forderung der Fraktion DIE LINKE, die leider keine Landtagsmehrheit fand.



## Ortschaften stärken – Mitwirkung sichern

DIE LINKE möchte den Belangen der Ortschaften im Freistaat Sachsen mehr Gewicht verleihen, hat dazu ein Gesetz erarbeitet und im Landtag zur Debatte gestellt.

Mit der Novelle zur Sächsischen Gemeindeordnung sollen die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner am Kommunalgeschehen so verbessert werden, dass sie künftig schneller und umfassender in die kommunale Entscheidungsfindung einbezogen und die Belange der Ortschaften bei Entscheidungen des Gemeinderates mehr beachtet werden. „Wir erwarten, dass insbesondere ein Teil der mit Gemeindegemeinschaften zwangsläufig verloren gehenden örtlichen Identität und Eigenständigkeit durch erweiterte Möglichkeiten der Einwohnerbeteiligung in den Ortschaften ausgeglichen werden kann“, so **Marion Junge, die Sprecherin für Kommunalpolitik**.

Der Gesetzentwurf sieht u.a. eine verbesserte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Einführung der Ortschaftsverfassung vor. Zudem werden Aufgaben und Befugnisse des Ortschaftsrates konkretisiert. Der „Ortsbürgermeister“ (bisher Ortsvorsteher) soll durch Direktwahl gewählt und dadurch in seiner Position gestärkt werden. Die örtliche Verwaltung soll als Ansprechpartnerin der Bevölkerung erhalten bleiben. Die Ortschaften erhalten des Weiteren einen gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Noch bis Ende 2012 besteht für alle die Möglichkeit, sich zum Gesetzentwurf bei einer Onlineanhörung ([www.direktedemokratie-online.de](http://www.direktedemokratie-online.de)) zu äußern. Die Fraktion DIE LINKE wird hier eingehende Anregungen beraten und ggf. in das Gesetzgebungsverfahren einfließen lassen.



# Bildung muss gratis sein!

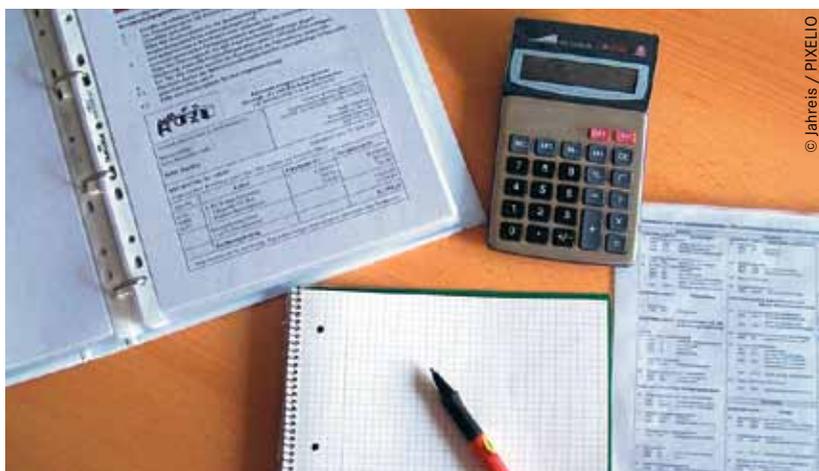
Taschenrechner, Arbeitshefte, Kopiergeld oder Klassenfahrten – im Laufe eines Schuljahres müssen Eltern mehrmals größere Summen in die Schulbildung ihrer Kinder investieren. Müssen sie das wirklich? Nein! Denn die kostenlose Bereitstellung der Lernmittel ist fester Bestandteil in der sächsischen Verfassung, nur die reale Umsetzung an

den Schulen findet nicht ausreichend statt. Das kritisierte **Cornelia Falken, die bildungspolitische Sprecherin** der Fraktion DIE LINKE: „Das Urteil von Bautzen gibt klar Auskunft darüber, dass der Freistaat Sachsen in den letzten 20 Jahren eine Praxis durchlebt hat, die die Eltern bezüglich der Bezahlung von Lernmitteln abgezockt hat. Wir sehen deshalb

Handlungsbedarf in Form von klaren gesetzlichen Regelungen.“

Eine bloße Verordnung durch das Bildungsministerium reicht der LINKEN jedoch nicht. Denn selbst bei den kostenlos vergebenen Materialien kommt es in Sachsen zu merkwürdigen Aktionen: Es gibt Schulen, die bspw. verbieten, dass in die ausgeteilten Arbeitshefte hineingeschrieben wird... Die Fraktion DIE LINKE forderte die Staatsregierung deshalb auf, das Verfassungsrecht sofort umzusetzen, benötigte Lernmittel kostenlos bereit zu stellen und ihre Finanzierung zu sichern, „denn nach Artikel 85 der Sächsischen Verfassung ist klar geregelt, dass die Mehrbelastung von Kommunen durch den Freistaat Sachsen auszugleichen ist“, so Falken.

DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem in Sachsen endlich rechtssicher mit der Vergabe von Lernmitteln verfahren werden wäre. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte diesen jedoch ab.



# GEMA-Abzocke: Wird Sachsens Kulturszene der Ton abgedreht?

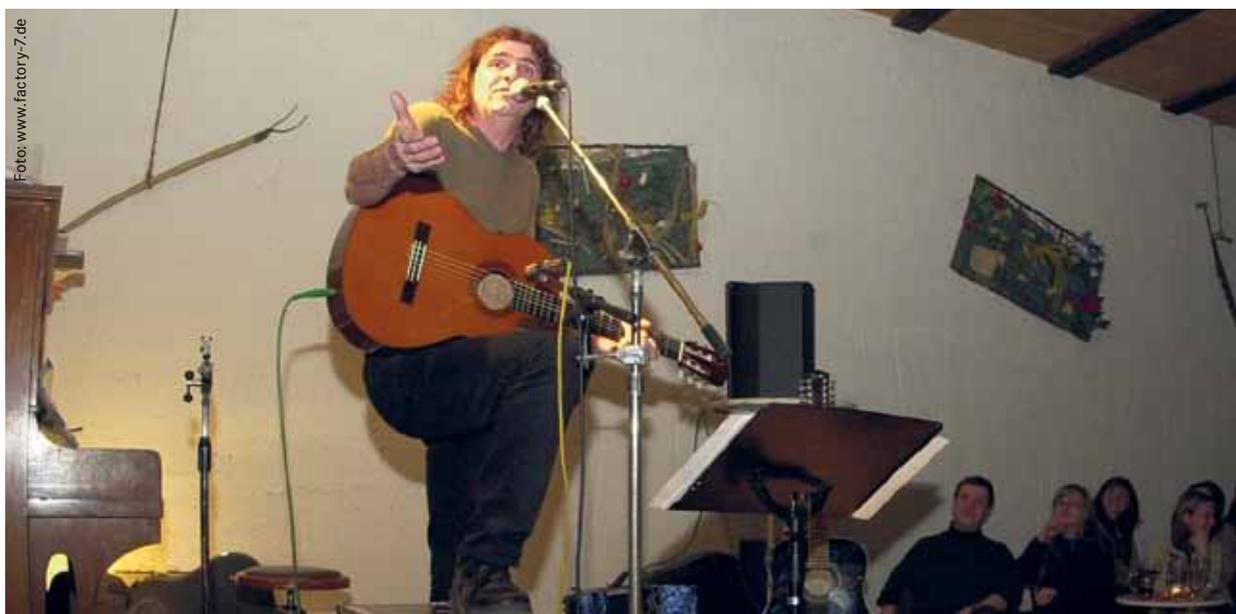
Die „Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte“ (GEMA) soll eigentlich die Interessen der Künstler/innen vertreten. Die geplante GEMA-Reform wirkt diesem Ziel jedoch entgegen und bedroht die Existenz von Diskotheken und Musikneipen. Und sogar Stadtfeste sind gefährdet, denn es werden ausnahmslos alle Veranstalter zur Kasse gebeten, die per Tonträger Musik abspielen oder Live-Musik organisieren.

Nach der neuen Berechnung muss jede Veranstaltung einzeln aufgelistet werden. Das sorgt einerseits für einen hohen bürokratischen Aufwand und andererseits für enorme

Preissteigerungen. Ein Beispiel: Zahlte eine 110 qm große Musikneipe ohne Eintritt im Jahr 2011 noch 1.300 Euro Gebühren, fielen mit der Reform ab 2013 sage und schreibe 22.500 Euro an! Da dies für viele Musikveranstalter untragbar ist, bläst der Reform ein kräftiger Wind aus Bevölkerung, Gastronomie, Künstlerszene und Politik entgegen. Müssten betroffene Einrichtungen schließen, fielen auch zahlreiche Arbeitsplätze weg, so **Volker Külow, der kulturpolitische Sprecher** der Fraktion DIE LINKE: „Wenn die neuen GEMA-Tarife die Erhöhung von Eintritts- und Getränkepreisen erzwingen, werden Menschen mit weniger Geld aus der Clubszene verdrängt.

Es findet eine bedenkliche soziale Auslese statt“, so Külow weiter.

Die Verantwortung sieht DIE LINKE vor allem bei Sachsens Wirtschaftsminister. „Morlok muss endlich die Vogel-Strauß-Politik beenden, die er bislang gegenüber der sächsischen Kultur- und Kreativwirtschaft an den Tag gelegt hat und gegenüber der GEMA im Interesse der sächsischen Musikszene aktiv werden“, fordert Külow den FDP-Minister auf. Durch DIE LINKE auf die Agenda gesetzt, fand die GEMA-Kritik während der Plenardebatte bei allen Fraktionen Gehör. In seltener Einstimmigkeit wurde dabei deutlich, dass die Sorgen über die GEMA-Reform von allen Parteien geteilt werden.



## Plenarspiegel Juli 2012

Am 11 und 12. Juli 2012 fand die 59. und 60. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Nachfolgend eine Auswahl der parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE:

### Aktuelle Debatte

– **„Keine GEMA-Abzocke** in der Kulturwirtschaft – Sächsischen Clubs kreative Programme weiterhin ermöglichen“

### Gesetzentwürfe

– Gesetz zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf **Lernmittelfreiheit** in Sachsen, 2. Lesung (Drs 5/7234)

– Gesetz zur Stärkung der **Ortschaftsverfassung** im Freistaat Sachsen, 1. Lesung (Drs 5/9560)

### Große Anfrage (GA)

– „Leben in der zweiten Lebenshälfte – **über 50-Jährige in Sachsen**“ und die Antwort der Staatsregierung (Drs 5/7982)

### Dringlicher Antrag

– **„Bundesmeldegesetz** im Bundesrat ablehnen – Weitergabe von personenbezogenen Daten ohne Einwilligung der Betroffenen stoppen!“ (Drs 5/9635)

### Entschließungsanträge

– zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und FDP mit dem Titel „Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den **Brand- und Katastrophenschutz**“ (Drs 9647)

– zur Fachregierungserklärung **„10 Jahre nach der Flut“** (Drs 5/9677)

### Änderungsanträge

– zu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zum **„Landesentwicklungsplan 2012** – Entwurf für das Beteiligungsverfahren (Drs 5/8001)

### Anträge:

– **„Verlängerung der Mutterschutzzeit** auf 20 Wochen“ (Drs 5/7363)

– „Maßnahmen zur Verbesserung der derzeitigen Situation im **Bereich des Tierschutzes und der Tierheime** in Sachsen ergreifen!“ (Drs 5/3743)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter [www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

# Die Sachsen in der zweiten Lebenshälfte

Mit einer Großen Anfrage ließ DIE LINKE die Lebenslage der Ü-50-Generation in Sachsen untersuchen. In sechs Fragekomplexen ging es um Erwerbstätigkeit, Qualifikation, Gesundheit und gesellschaftliche Mitwirkung derer, die zur Wende um die 30 waren und deren Lebenslauf sehr häufig genau dort „brach“. Heute ist in Sachsen fast jeder Zweite älter als 50 Jahre. Das verfügbare Einkommen der Ü-50er stagniert seit mehreren Jahren, wobei Frauen zwischen 50 und 65 mit durchschnittlich einem Fünftel weniger Geld auskommen müssen, als gleichaltrige Männer. 19 Prozent der Ü-50-Männer erzielten kein Einkommen aus Erwerbsarbeit; bei den Frauen sind es 21 Prozent. Die Mehrheit der über 50-Jährigen ist fachlich gut qualifiziert und bereit, sich weiter zu qualifizieren. Dem stehen jedoch oft bürokratische Hürden oder nach wie vor nicht ausgeräumte Vorbehalte hinsichtlich der Einstellung älterer Arbeitnehmer/-innen entgegen. Mit einem Entschließungsantrag forderte die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung auf, ein Konzept zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels zu entwickeln,



das auch den Bedürfnissen der heutigen Ü-50er gerecht wird und negative Entwicklungen, wie die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse oder die Benachteiligung von Frauen, bremst. Schwarz-Gelb lehnte dies ab.

er Arbeitnehmer/-innen entgegen. Mit einem Entschließungsantrag forderte die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung auf, ein Konzept zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels zu entwickeln,

KOMMENTIERT

## Ach, Lörchen ...

*Ganz ehrlich, ich wollte mich nie wieder über Plenar-Debatten aufregen. Was aber soll ich tun, wenn in christdemokratischer Hausfrauennaivität gehaltene Reden mich foltern? Im Juli hatte Hannelore („Lörchen“) Dietzschold das übernommen.*

*Anlass war die Große Anfrage der LINKEN zur Ü-50-Generation. Diese hielt die CDU-Frau für gänzlich überflüssig, weil – Achtung, Zitat – „Die heute über 50-Jährigen (...) aktiv und sportbegeistert (sind). Sie radeln auf den gut ausgebauten Radwegen durch Sachsen, Europa oder noch weiter. Sie wandern (...) oder fahren mit dem Caravan oder auf Motorrädern durchs Land.“*

*Uff. Und das war noch nicht das Highlight! Das kam, als die 58-Jährige sich fragte, was DIE LINKE wohl mit „Altersdiskriminierung“ meine: „Was kann ich mir darunter vorstellen? Kommt demnächst die Ortspolizeibehörde und verhängt ein Bußgeld gegen einen Jugendlichen, der seinen Platz in der Straßenbahn einer Person über 50 Jahre nicht angeboten hat (...)?“*

*Ich wollte gerade in Schnappatmung verfallen, als Frau Dietzschold nachlegte: „Wenn man gegen Altersdiskriminierung vorgehen will, muss man auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hinweisen.“ Bravo! Begriffen! Schwamm drüber, wenn „Lörchen“ – seit 2009 im Landtag – nichts davon weiß, dass Menschen über 50 z.B. bei der Jobsuche schon mal als „zu alt“ abgewiesen und ihnen kaum noch Qualifizierungen angeboten werden. Macht doch nix, haben sie mehr Zeit zum Radeln...!*

*Liebe Frau Dietzschold, ich (Ü50) würde in der Straßenbahn sehr gern für Sie aufstehen. Allerdings nicht aufgrund Ihres Alters. efa*

## Weltoffenes Sachsen: Großröhrsdorf meets Haifa

Es war schon etwas Besonderes, was der LINKE MdL Heiko Kosel am 9. Juli erlebte. Nach 2006, 2007 und 2009 stand der Sorbe bereits zum vierten Mal jungen Palästinensern aus dem israelischen Haifa Rede und Antwort. Die 15 Schülerinnen und Schüler vom Orthodox-Arab-College in Haifa waren gemeinsam mit ebenso vielen Jugendlichen vom Großröhrsdorfer Ferdinand-Sauerbruch-Gymnasium nach Dresden gereist, um sich u.a. über Sachsens Minderheitenpolitik zu informieren.

„Die Begegnung mit Heiko Kosel ist uns sehr wertvoll, da er die Problematik Minderheit und Demokratie

anschaulich nahe bringt“, begründete Gruppenbegleiter Norbert Littig die wiederholte Einladung Kosels. „In Israel sind Araber mit ca. 20 Prozent eine Minderheit, das ist nicht konfliktfrei“, erklärt der Pfarrer und Religionslehrer die Themenwahl. Das länderübergreifende Austauschprogramm gibt es seit 2005. Über Ostern weilte eine deutsche Gruppe in Haifa, die „Gegenbesucher“ wurden in Dresden neben Norbert Littig noch von Gabriele Weber (Lehrerin für Mathematik und kath. Religion) betreut. Für die Partnerschule waren Mathe- und Physiklehrer Shehadeh Shehadeh und Englischlehrerin Rawia Abboud als

Betreuer dabei. (unt. Reihe: 1. u. 2. v. li. u. 2. u. 4. v. re.)

„Die Muttersprache der jungen Leute ist Arabisch. Obwohl in Israel Arabisch offiziell zweite Amtssprache ist, wird im Behördenverkehr vorwiegend hebräisch gesprochen. Und es gibt Bestrebungen, ganz auf Arabisch zu verzichten“, reflektierte Heiko Kosel (unt. Reihe, 3.v.li.) das in Englisch geführte Gespräch. Nicht nur hier gibt es Parallelen zu den Sorben in Sachsen“, so Kosel. „In Sachsen ist ein Sorbe Ministerpräsident. In Israel wäre es jedenfalls zur Zeit undenkbar, dass ein Palästinenser Staatspräsident werden könnte“, meinte einer der Schüler aus Haifa.



## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Fax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Elke Fahr

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag